



16. Informationsblatt der KPF Brandenburg

Oktober 2014

Liebe Genossinnen und Genossen,

entsprechend der Bitte des Landesvorstands unserer Partei hat der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg eine erste Stellungnahme zu den Ergebnissen der Landtagswahlen vom 14.09.2014 erarbeitet und an den Landesvorstand und den Landesausschuss übergeben. Diese Stellungnahme bringen wir Euch mit unserem 16. Informationsblatt zur Kenntnis.

Weiterhin informieren wir Euch über das Wirken der KPF Brandenburg innerhalb des regionalen Netzwerks der Europäischen Linken.

Mit solidarischen Grüßen

Bodo Hinkel

Sprecher der KPF Brandenburg

Zu den Landtagswahlen in Brandenburg 2014

Das Ergebnis der Landtagswahlen vom 14.09.2014 ist nicht nur "eine herbe Niederlage", wie es Christian Görke formulierte. Es ist eine nachdrückliche, existenzielle Warnung für die Partei DIE LINKE in Brandenburg, aber auch für die Bundespartei.

Die Ergebnisse und Zahlen machen nicht nur einige Schwachpunkte in der Arbeit der Partei deutlich.

Sie sind ein Absturz auf breiter Front, eine Katastrophe und auch eine herbe Enttäuschung für die KPF als Bestandteil der Partei.

Wenn auch nicht unerwartet, es gelang nicht, den Abwärtstrend in der Gunst der Wähler, der sich nicht erst seit den Euro- und Kommunalwahlen abzeichnete, zu stoppen, im Gegenteil.

Die Zahlen und Bilder der Landkarte in rot/rot und schwarz sprechen eine deutliche Sprache: von 27,2 auf 18,6%, Verlust 8,6% = 9 Mandate

Das Desaster wird besonders deutlich, wenn man sich die absoluten Zahlen ansieht:

2009 - 406.973 Erststimmen, 377.112 Zweitstimmen, 21 Direktmandate

2014 - 202.364 Erststimmen, 183.172 Zweitstimmen, 4 Direktmandate

Außer Christian Görke sind alle anderen Minister und Spitzenkandidaten durchgefallen.

Anerkennenswert haben es

Kerstin Kaiser

Hans-Jürgen Scharfenberg

Rene Wilke

mit Bravour geschafft.

Einige grundsätzliche Überlegungen und Fragen, die sich für uns stellen:

1. Wahlergebnisse widerspiegeln die Lage in der Partei als Ganzes
2. Die Partei ist ihrer Verantwortung gegenüber den Wählern in der Legislaturperiode nicht gerecht geworden.

Es muss uns doch zu denken geben: Reibungsverluste durch Regierungsbeteiligung ja - aber über 100.000 Bürger haben sich als Wähler von uns abgewandt,

20.000 haben AfD gewählt!

Die massive Abwanderung vieler ehemaliger linken Wähler zur AfD, deren ansehnliche Abgeordnetendichte im Landtag und ihre nach der Außenwirkung undurchsichtige Einordnung in ein klar definiertes politisches Spektrum müssen uns aufschauen lassen. Unversehens wird die LINKE in das politische Feld der Willigen eingeordnet. Wegen fehlender Unterschiede der früheren „Kümmerer-Partei“ Ostdeutschlands zur SPD, Grünen und CDU zieht die AfD auch inhaltlich ihren Nutzen.

Wir müssen uns die Frage stellen:

Ist unsere Landespolitik noch richtig? War der Blick zu sehr auf das Mitregieren gerichtet und der SPD gerecht zu werden?

Lohnt es sich nicht, darüber nachzudenken, ob unser Politikangebot als Juniorpartner der SPD, unsere Strategie und Taktik noch den gegenwärtigen und künftigen Anforderungen entspricht.

Der erschreckende Anteil der Nichtwähler deutet auf das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zur Politik hin. Eindeutig wenden sie sich von einer Politik des Selbstzwecks angewidert ab und werden dabei nicht mehr von Parteien erreicht. Vertrauen muss wiederhergestellt werden. Dafür muss eine LINKE Vorschläge anbieten, die in der Regierungswirklichkeit nicht zu einer abgedroschenen Floskel, stattdessen Realität wird und aufzeigt, dass Veränderungen nicht

Der Landesvorstand hat dazu aufgerufen, Ursachen für den Wahlausgang zu benennen und Vorschläge zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten.

Der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg tut das, auch wenn die Befürchtung nahe liegt, dass die in diesem Zusammenhang erarbeiteten Gedanken ebenso wenig Berücksichtigung finden werden, wie die in unseren Analysen zur Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE, insbesondere in unseren Informationsblättern 9, 12 und 14 getroffenen Aussagen und Schlussfolgerungen.

Die Ignoranz gegenüber vielen Hinweisen und Vorschlägen aus verschiedenen Ebenen der Basis ist einer der Gründe für die entstandene Lage.

Vielfach herrscht die Meinung, dass Leistungen der LINKEN nicht als solche wahrgenommen werden und der SPD oder der Regierung als Ganzes zugeschrieben werden. Dem steht der Vorwurf gegenüber, dass dies eine Schutzbehauptung für schlechte politische Arbeit ist.

Obwohl beide Positionen einen gewissen Wahrheitsgehalt haben, bleibt die Forderung offen, wie angesichts der Machtverhältnisse in den Medien eine wirksamere Öffentlichkeitsarbeit zu realisieren ist.

Die Führungstätigkeit auf Landesebene ist bisher, und auch dazu gibt es seit geraumer Zeit zahlreiche Hinweise aus der Basis, nicht vertrauensfördernd. Dazu gehören das Gerangel bei der Besetzung der Position des Landesvorsitzenden, die Auseinandersetzungen um Kerstin Kaiser, der Rücktritt des Justizministers, die Umbesetzung eines erfolgreichen Finanzministers in das Spezialkenntnisse erfordernde Ressort des Justizministers, das schwammige Verhalten zur Braunkohle, zu den Altanschießern und zur ILA sowie die widersprüchlichen Haltungen des Wirtschaftsministers Christoffers, die oft einem Lobbyisten von Vattenfall ähneln.

Dieses Hick - Hack muss durch eine personalpolitische Linienführung ersetzt werden, die für Mitglieder und Sympathisanten nachvollziehbar ist.

In einer Reihe von Politikfeldern hat sich die Führung der Brandenburger LINKEN widersprüchlich, inkonsequent und angepasst verhalten.

Ohne hier im Einzelnen zu argumentieren, sind solche Politikfelder stichpunktartig zu benennen:

- Widersprüchlichkeit im Hinblick auf Braunkohleförderung und CCS - Technologie
- Unklarheit betreffs Fracking
- Inkonsequenz im Kampf gegen die Finanzierung der Altwasseranschlüsse
- Fragwürdigkeit in der Haltung der als "militärische Leistungsschau " bezeichneten ILA
- Angepasstheit bei der Teilnahme an der Tätigkeit der Enquete-Kommission und teilweise Akzeptanz ihrer Ergebnisse
- Unschlüssigkeit bei der Auseinandersetzung mit Justiz und Polizei um das Verhalten bei Demonstrationen und antifaschistischen Aktivitäten

- Zurückhaltung beim Kampf gegen das Auftreten von Bundeswehr und Verfassungsschutz in Schulen und Jugendclubs mit Werbeveranstaltungen
- Abstinenz bei der Positionierung zu Grundsatzfragen der Gesamtpartei, z.B. zu Versuchen der Aushebelung des Parteiprogramms in der Friedensfrage, zu Bundeswehreinsätzen im Ausland und zum Waffenexport. •
- Untätigkeit bei der Unterstützung von Bürgerinitiativen mit Zielen analog zu unserem Wahl- und/oder Parteiprogramm (z.B. Fluglärm oder Haßleben)
- Teilweise niveaulose Wahlplakate, kaum unterscheidbar von denen anderer Parteien (gleiche Werbeagenturen).

Letztlich soll nicht übergangen werden, ohne damit die Eigenverantwortlichkeit Brandenburgs zu schmälern, dass die Lage in den Führungsetagen der Partei ihren Teil zur entstandenen Situation beigetragen hat. Das gilt für die Schwierigkeiten bei der Besetzung der Vorsitzenden - Funktion, für viele Schwankungen von Gregor Gysi, für die Diskussionen um Gen. Bartsch oder die Haltung von Gen. Neskovicz.

Hierzu gehören auch die Auseinandersetzungen um die konsequente Einhaltung oder schrittweise Aushebelung des Parteiprogramms. Das betrifft auch die Richtungskämpfe innerhalb der Partei, die die Einheit der Partei gefährden und nichts mit der Diskussion unterschiedlicher Auffassungen und Meinungen zu tun haben.

Ohne dies hier weiter zu vertiefen ist festzuhalten, dass diese Vorgänge in der Parteiführung nicht ohne Auswirkungen auf Mitglieder und Sympathisanten in Brandenburg geblieben sind.

Alles Nachdenken über mögliche Regierungskoalitionen und Koalitionsverträge bleibt im luftleeren Raum, wenn in diesen Fragen keine klaren Positionen links von der SPD bezogen werden.

Nun hat der Landesvorstand einstimmig die Einladung der SPD zu Koalitionsverhandlungen angenommen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Verhandlungsführer der Partei DIE LINKE positionieren. Angesichts der Äußerung von Christian Görke im ND - Interview vom 23.09.2014 zu Streitfragen mit der SPD haben wir allerdings ernste Bedenken.

"Diese Debatten" so hebt Christian Görke hervor, "haben wir bewusst nicht öffentlich geführt, weil es uns eben nicht um die eigene Profilierung, sondern um die Sache ging. Sollten wir weiter mitregieren, wird sich an diesem Stil nichts ändern".

Also doch weiter so, wie bisher?

Genau das ist unser Problem: Die beiderseits gelobte gute Zusammenarbeit sichern und bewusst auf eigene Profilierung verzichten. Wozu dann noch eine eigene Partei?

Insofern scheinen Bedenken an einer erneuten Regierungsbeteiligung durchaus berechtigt.

Ein „so weiter“ wie bisher im Schatten der SPD geht nicht!

Nochmal 8,6% Verlust an Wählerstimmen und wir sind nur noch eine regionale Ostpartei, keine Volkspartei.

Politikangebote im Rahmen der SPD-Politik – dann können wir gleich die SPD wählen – war ein oft vorgetragenes Argument während der Wahlarbeit, oder

- ihr seid nicht besser, als die anderen etablierten Parteien-

Das Politikangebot der Partei Die Linke sollte als Prämisse enthalten:

- Die SPD ist eine konkurrierende Partei der Sozialdemokratie
- Die Linke ist gemäß dem Parteiprogramm eine sozialistische Partei
- Die Bürger und Anhänger der Partei müssen spüren: Als selbständige sozialistische Partei haben wir nach wie vor das Ziel einer sozialen gerechten Welt nicht aufgegeben. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein.
- Die parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit sind gleichrangig, wenn nicht sogar die außerparlamentarische vorrangig zu entwickeln ist.
- Es muss uns gelingen, wieder Vertrauen aufzubauen und die Glaubwürdigkeit bei den Menschen des Landes herzustellen.
- Dazu ist es erforderlich, dass die Partei sowie die Mandatsträger die Probleme, die Nöte und Ängste der Menschen kennen, Bürgerbewegungen unterstützen

bzw. selbst entwickeln. Der Koalitionszwang kann und sollte uns nicht davon abhalten.

Nochmals zur Rolle und Verantwortung der Partei:

„Marx ist nicht tot“

Auch wenn der politische Gegner, der herrschende Zeitgeist, die bürgerliche Ideologie immer wieder Gegenteiliges in den Fokus stellen.

Wir halten es jedoch für nötig, in der Parteipolitik, in der Parteiarbeit als Ganzes die marxistischen Grundaussagen zu stärken und vor allem tiefgründiger zu beachten.

Die Genossinnen und Genossen des LV, der KV und der anderen Gremien in der Partei leisten eine umfangreiche Arbeit.

Aber die Partei kann nicht allein und vorwiegend über das Internet geleitet bzw. geführt werden.

Auch die Regionalkonferenzen ersetzen nicht die Politik mit den Genossen vor Ort.

Die breite Mitgliedschaft ist stärker einzubeziehen, vor allem die politische Bildungsarbeit, die Befähigung der Jungen und Älterer reicht nicht aus.

Wir müssen davon wegkommen, in den MV und Zusammenkünften vielfach nur organisatorische Fragen zu behandeln. Die Grundaussagen des Parteiprogramms spielen oft nur eine geringe Rolle, jedoch nicht nur dort.

Abschließend:

Unabhängig vom Ausgang der Sondierungs- bzw. Koalitionsgespräche halten wir es für angebracht, obige Überlegungen zum festen Bestandteil der Parteiarbeit zu machen.

Eine notwendige kritische und selbstkritische Analyse für ein neues Politikangebot (Richtungswechsel) ist auf dem Parteitag des Landes am 1. November 2014 unbedingt vorzulegen, als Voraussetzung zur Veränderung der Lage in der Partei.

(realistisch, mobilisierend und offensiv)

Es kann auch nicht verboten sein, bei bestimmten sozialen bildungspolitischen und kulturellen sowie anderen Forderungen im Interesse der arbeitenden Menschen an die DDR zu erinnern bzw. Bezug zu nehmen. Auch eine bestimmte Radikalität in der politischen Arbeit würde uns gut zu Gesicht stehen.

Die Genossinnen und Genossen der KPF werden auch künftig alles in ihren Kräften stehende tun, damit die Krise in der Partei schnell überstanden wird.

Wir teilen die Auffassung von Helmuth Markov, geäußert in der MAZ vom 18. September „Wir sind noch lange nicht zu Ende“, vorausgesetzt ein weiter so wird beendet.

Zur Wahlbeteiligung

Eine rote Karte für die Parteien und die Demokratie. Mit einer Wahlbeteiligung von unter 50% ist eigentlich, auch im Sinne einer bürgerlichen Demokratie, die Berechtigung zur Bildung eines Parlaments und einer Regierung verloren gegangen.

Die Bürger unseres Landes werden künftig von einer Demokratie (griechisch: eigentlich Volksherrschaft als Staatsform) geführt, die dafür nicht das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung hat.

So oder so, die Ergebnisse mit dieser geringen Wahlbeteiligung sind ein Hohn für die Demokratie dieses Landes. Sie sind Ausdruck der Parteien - und Politik-verdrossenheit.

Es ist schon erstaunlich: Kaum eine Partei und auch nicht die Medien haben bisher in Auswertung der Wahlen (Wahlbeteiligung) dazu Stellung genommen oder versucht, die Ursachen aufzudecken, Schlussfolgerungen zu ziehen. (Dafür schmieden sie neue Koalitionen bzw. wollen sie verhindern, hecken neue Intrigen aus oder lecken Wunden.)

Es gibt sicher viele Ursachen, ein breites Feld von Problemen. Einige zeichneten sich jetzt schon ab oder lassen sich bereits nennen. Es sind Argumente und Auffassungen, die während des Wahlkampfes zum Vorschein kamen: Kein Vertrauen, Wahlversprechen werden oft nicht eingehalten,-Bürokratismus und formaler Umgang der staatlichen Organe mit den Bürgern-es geht „denen“ doch nur um Posten und Privilegien.

Aber es wird auch Unverständnis geäußert über das Verhalten der Parteien untereinander. Statt sachlicher Kritik, vernünftiger Umgang, des Ringens um Lösungswege innerhalb und außerhalb der Parlamente oft Hassreden, Unterstellungen, Verleumdungen usw.

Neuestes Beispiel: Vor einigen Tagen im rbb äußerte sich der Fraktionschef der Grünen Axel Vogel, um ein Zusammengehen der SPD und der Linken zu verhindern, sinngemäß wie folgt: Die Linke ist doch nur noch ein Skelett und die SPD hat nur noch was zum Abknabbern.

Zur Arbeit in der Europäischen Linken

Zur Öffentlichkeitsarbeit der KPF Brandenburg gehört auch die Pflege internationaler Kontakte als fester Bestandteil unserer Tätigkeit. Wir sind Mitglied im Netzwerk der Europäischen Linken und beteiligen uns an der Umsetzung des 2006 abgeschlossenen Rahmenvertrages des „Ständigen Forums der Europäischen Linken in den Regionen.“ Dies ist ein Zusammenschluss von Strukturen linker Parteien, die sich das Ziel gesetzt haben, innerhalb der Europäischen Linken auf regionalem Gebiet grenzübergreifend zusammenzuarbeiten.

Auf diesem Gebiet engagiert sich besonders das Mitglied unseres LKR Genosse Hans-Peter Schömmel als langjähriger Hauptkoordinator und Vertreter der KPF Brandenburg im Ständigen Forum.

Die politische Arbeit in der Europäischen Linkspartei hat zunehmende Bedeutung auch auf das Wirken der Kommunisten in ihren Ländern. Die LINKE in Deutschland hat einen großen Anteil an der Entstehung und dem Wachsen dieser europäischen Partei, der wir angehören und die sich zunehmend auch auf unsere politische Arbeit in der KPF auswirken wird. Dies meine ich nicht nur in Bezug auf die hinter uns liegenden Europawahlen im Mai dieses Jahres. Wir kommen nicht umhin, zu Fragen des Internationalismus und der Solidarität zwischen den Linken in Europa und der Welt eine neue Etappe einzuleiten.

Im März 2013 verwirklichte das Ständige Forum der Europäischen Linken der Regionen, an deren Entstehung brandenburgische Genossen ganz wesentlichen Anteil haben, den ersten Erfahrungsaustausch regierender Linksparteien zwischen Andalusien in Spanien und einer Delegation aus Brandenburg und Nordböhmen /Tschechien.

In diesen Regionen regieren Linke gemeinsam mit den Sozialdemokraten unter recht unterschiedlichen Bedingungen, die besonders durch die Wirtschaftskrise in der EU gekennzeichnet sind.

Geleitet wurde diese Delegation durch den tschechischen Europaabgeordneten Jaromir Kohlíček, der Sprecher dieses regionalen Netzwerkes der EL ist. Genossin Claudia Kirchhoff und Genosse Peter Schömmel nahmen an diesem Besuch teil. Sie waren auch im Dezember 2013 Gäste beim 4. Kongress der EL in Madrid, wo sie gemeinsam mit Genossen der KSCM, der Vereinigten Linken Andalusien und der

DKP Nord Bayern ihre politische Arbeit im regionalen Netzwerk der EL den Delegierten des Kongresses vorstellten.

Was bedeutet dies für die Arbeit der KPF?

Man könnte argumentieren, Beziehungen zu anderen Parteien sind Sache der Parteivorstände.

Aber so wie die Europäische Linkspartei verfasst ist, sind wir Teil dieser. Über 30 dieser Parteien sind kommunistisch und stehen zu ihrer Vergangenheit. Auch wir sollten deutlicher machen, dass es in der Linken in Deutschland Kommunisten gibt. Wir sind also nicht nur Teil der Linken in Deutschland, sondern auch der Europäischen Linken.

Hier reicht nicht nur das Bekenntnis, sondern es verlangt gemeinschaftliches Handeln.

Dem trägt der überarbeitete Rahmenvertrag des SFEL-R Rechnung, der am 15-16.11.2014 unterzeichnet werden soll und den wir Euch hier zur Kenntnis geben:



Lefts - of the Regions



Rahmenvertrag des regionalen Netzwerkes der EL

Präambel:

Wir, Mitglieder sozialistischer und kommunistischer Parteien, aus den verschiedensten Regionen Europas bekräftigen unseren Willen zur politischen und organisatorischen Zusammenarbeit in der Europäischen Linkspartei.

Auf der Grundlage bisher gemachter Erfahrungen in unserer regionalen Zusammenarbeit sind wir bestrebt, unsere Beziehungen weiter zu vertiefen, gemeinsame Aktivitäten und Strukturen auszubauen und somit die Europäische Linke zu einer wirklichen politischen Kraft werden zu lassen.

Trotz unterschiedlicher historischer, nationaler und politischer Erfahrungen ist es unser Ziel, aktiv die im Rahmenvertrag getroffenen Maßnahmen in diesem Netzwerk der EL umzusetzen.

Als Beobachter oder Mitglieder der Europäischen Linkspartei sehen wir uns in der Pflicht, den Prozess der Aktionseinheit für die Interessen der Menschen in unseren Ländern, durch eine solidarische Zusammenarbeit in unseren Regionen und darüber hinaus im nationalen und europäischen Maßstab, zu befördern.

Die im Vertrag genannten Arbeitsbereiche geben den politischen Gliederungen in der EL die Möglichkeit, freizügig über Staatsgrenzen hinweg Kontakte aufzunehmen und gemeinsame politische, kulturelle Projekte zu erarbeiten und umzusetzen.

Ein Hauptaugenmerk gilt dabei dem gemeinsamen Kampf um Frieden und Antifaschismus, gegen kapitalistische Globalisierungstendenzen, als Voraussetzung für jegliche demokratische Entwicklung in unseren Ländern.

Die Arbeit im SFEL-R dient der Vertiefung der solidarischen Zusammenarbeit regionaler Strukturen Linker in der Europäischen Union.

Bestehende bilaterale Verbindungen bleiben von dieser Rahmenvereinbarung unberührt.

Organisatorische Maßnahmen:

1.

Das zentrale Gremium des Netzwerkes zur Umsetzung der Rahmenvereinbarungen ist der Koordinierungsrat, dem jeweils ein gewähltes oder beauftragtes Mitglied der Unterzeichner der Vereinbarung angehört.

Die Koordinatoren sind ihrer Partei (Gliederung) Information – und rechenschaftspflichtig.

2.

Für die Arbeit des Koordinierungsrates des SFEL-R gilt die beschlossene Geschäftsordnung vom 16.04.2010.

Einzelmitglieder der EL, die sich in einem Freundeskreis zusammengeschlossen, haben sind auf Antrag voll in die Arbeit des SFEL-R integriert.

3.

Das „Forum“ ist eine der zentralen Veranstaltungen zur Umsetzung der Beschlüsse der Europäischen Linkspartei und der Arbeitsweise des SFEL-R und dient der Verständigung und dem Erfahrungsaustausch der Unterzeichner des Rahmenvertrages.

4.

Die Tätigkeit des SFEL-R, als Netzwerk der Europäischen Linkspartei (EL) wird von den Unterzeichnern, politisch, finanziell und propagandistisch im Rahmen der politischen und materiellen Planung der jeweiligen Gliederung, unterstützt.

5.

Die politischen und organisatorischen Vorhaben werden gemeinschaftlich beschlossen dies Bedarf der Abstimmung der jeweiligen nationalen Strukturen der Partei.

Einen wichtigen Stellenwert hat dabei die Koordinierung parlamentarischer und

gemeinsamer außerparlamentarischer Aktivitäten.

6.

Veröffentlichungen von Erklärungen des SFEL-R bedürfen der Einstimmigkeit aller Mitglieder des Koordinierungsrates.

Berichte über die Arbeit des SFEL-R im Internet liegen in der Verantwortung

des Hauptkoordinators /in , des Sprechers/in und deren Stellvertreter des Netzwerkes.

Die Bildung einer Redaktionsgruppe des SFEL-R zur Qualifizierung dieser Arbeit wird empfohlen.

Aufgaben :

1.

Das SFEL-R erstellt jährlich einen Politikaler zur Gestaltung der grenzübergreifenden politischen Arbeit, der mit den nationalen Gliederungen der Parteien abgestimmt wird und somit in der Haushaltsplanung eine entsprechende Berücksichtigung finden kann.

2.

Die politische Arbeit des SFEL-R ist auf die solidarische Zusammenarbeit aller demokratischen Linken in Europa ausgerichtet.

Das sich über Jahrzehnte entwickelnde Polit – und Europacamp ist ein wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des SFEL-R und dient der Vertiefung der Freundschaft und Zusammenarbeit Linker in Europa.

3.

Das SFEL-R unterstützt die solidarische grenzübergreifende Zusammenarbeit der Mitglieder der Europäischen Linkspartei, gleich ob sie im Status eines Beobachters oder Vollmitgliedes der EL sind.

Als Netzwerk der EL steht das SFEL-R linken demokratischen Parteien aller Regionen in der EU offen.

4.

Das SFEL-R ist bestrebt den Kontakt und den Erfahrungsaustausch linker Fraktionen auf allen Ebenen der parlamentarischen Zusammenarbeit zu unterstützen..

Es organisiert Informationsveranstaltungen zur parlamentarischen Arbeit der GUE/NGL

5.

Das SFEL-R unterstützt linke Strukturen bei der Herausbildung von regionalen Partnerschaften und Basiskontakten linker demokratischer Parteien.

Unterzeichner :.....